

PRESSEMITTEILUNG

PRESSEMITTEILUNG

Tourismuspolitik

Nr. 046/16 vom 27. Januar 2016

Johannes Callsen und Heiner Rickers: CDU-Fraktion will Tourismusminister Meyer zu Habecks widersinnigen Kite-Verboten hören

Die CDU-Fraktion macht das von Umweltminister Dr. Robert Habeck geplante Kite-Verbot zum Thema im Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Verkehr.

„Das ist kein reines Naturschutzthema. Wir wollen wissen, was der zuständige Tourismusminister dazu sagt, dass der Umweltminister zahlungskräftige Touristen von unseren Küsten fernhalten will“, sagte CDU-Wirtschaftsexperte Johannes Callsen heute (27. Januar 2016) in Kiel.

Die mehr als 20.000 Unterschriften gegen die Verbote zeigten, wie groß die drohenden Einbußen für den Tourismus in Schleswig-Holstein seien. Für Schleswig-Holstein als Land zwischen zwei Meeren sei der Wassersport ein wesentliches Standbein des Tourismus insgesamt. Allein die Diskussion über Verbote schade deshalb dem Standort.

CDU-Umweltpolitiker Heiner Rickers betonte, dass es sich bei Kite-Surfern um eine besonders naturverbundene Gruppe von Touristen handle. Es gebe bislang keine wissenschaftlichen Studien, die auch nur eine Beeinträchtigung der Natur durch Kite-Surfer belegen könnten.

„Das ist eine vor allem von jungen Naturliebhabern betriebene umweltfreundliche Sportart. Verbote sind völlig überflüssig“, so Rickers.

Wie widersinnig Habecks Kampagne gegen Kite-Surfer darüber hinaus sei, zeige die Argumentation Habecks für das von ihm geplante allgemeine Betretungsrecht der Äcker in Schleswig-Holstein.

„Der Minister sagt, man dürfe einem Kind doch nicht verbieten, auf Äckern einen Drachen steigen zu lassen. Rast- und Ruhezeiten für Tiere sind ihm in diesem Fall egal. Aber den Eltern der Kinder will er das Kiten verbieten, weil die Tiere am Wasser Rast- und Ruhezeiten brauchen. Das ist doch völlig absurd“, so Rickers.

Der einzige schlüssige Zusammenhang zwischen dem generellen Betretungsrecht der Äcker und dem generellen Kite-Verbot an den Küsten sei, dass beides auf Forderungen des NABU zurückgehe.

„Jede Forderung des NABU scheint für diesen Minister eine Handlungsanweisung zu sein, egal, wie widersprüchlich sie ist. Das kann aber ja wohl nicht für die gesamte Landesregierung gelten. Wir erwarten von Minister Meyer, dass er sich für die Interessen der Kiter und des naturnahen Tourismus einsetzt“, so Callsen.